

Der Grundstein

Offizielles Organ des Zentral-Verbandes der Maurer Deutschlands

Central-Krankenkasse der Maurer, Gipser (Weißbinder) und Stukkateure Deutschlands „Grundstein zur Einigkeit“

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche.
Abonnementpreis pro Quartal M. 1,50 (ohne Postgeld),
bei Zusendung unter Kreuzband M. 1,90.

Herausgegeben vom
Zentralverband der Maurer Deutschlands,
Hamburg 1.

Schluss der Redaktion: Dienstag morgen 8 Uhr.
Verlags-Anzeigen
für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 30 A.

Unsere Arbeitslosenstatistik.

Der Zentralverband der Maurer Deutschlands hat des öfteren versucht, die Arbeitslosigkeit unter seinen Mitgliedern festzustellen, aber immer sind die Versuche so entmutigend ausgefallen, daß von einer dauernden Zählung der Arbeitslosen Abstand genommen wurde. Nun soll wieder einmal der Versuch gemacht werden, fortlaufend für längere Zeit, periodisch den Umfang der Arbeitslosigkeit im Maurergewerbe zu erforschen. Die Zählung soll am 30. Januar beginnen und am letzten Werktag jedes Monats wiederholt werden. Von dem Gelingen dieses Versuches, d. h. von der tüchtigen oder ungenügenden Mitarbeit der Mitglieder wird es dann abhängen, ob die Arbeitslosenzählung auf die Dauer von mehreren Jahren fortgesetzt wird oder nicht. Unerlässlich ist die Fortsetzung, wenn das Ergebnis der Zählung als Grundlage zur Beurteilung der Frage dienen soll, ob und unter welchen Bedingungen eine Arbeitslosenunterstützung seitens des Verbandes möglich ist. Würden sich die Ergebnisse nur auf ein Jahr erstrecken, das von der wirtschaftlichen Krise beherrscht ist, dann müßte das Bild recht düster ausfallen, während die alleinige Maßnahme in einem Jahre guter Konjunktur viel zu hell in die Erscheinung treten würde.

Die Statistik selbst ist auf einen Beschluß des Hannoverischen (außerordentlichen) Verbandstages zurückzuführen. Der Verband geht damit an eine Aufgabe heran, deren Größe und Schwierigkeit noch gar nicht zu übersehen sind, und wenn er sie jetzt meistern wird, so ist diese Tatsache ein Triumph des organisatorischen Talents unserer Kollegenchaft. Es ist vielleicht etwas beschämend, wenn wir nach bald achtzehnjährigem Bestehen des Zentralverbandes noch keine brauchbare Arbeitslosenstatistik haben schaffen können, während andere Verbände schon jahrelang einzelne vielleicht schon seit Jahrzehnten zuverlässige Statistiken haben. Wer aber darüber urteilen will, der muß den Bogen kennen, auf dem die Organisation der Maurer arbeiten muß. Er ist solchen Arbeiten wenig günstig. Von dem intelligenten Großstadtproletariat entfällt auf die Maurer nur ein kleiner Teil; die Masse unserer Berufsangehörigen, auch der in den Großstädten, entstammt dem kulturell rückständigen Landproletariat; sie ist zwar bald für die Organisation zu gewinnen, aber zu einer eindringenderen Beschäftigung mit den Fragen der Arbeiterbewegung gelangt nur ein kleiner Bruchteil. Infolgedessen fehlte auch vielfach das Verständnis für die Zwecke der Statistik, das aber unbedingt nötig ist, wenn Aufnahmen in großem Umfang gelingen sollen.

In der gleichen Richtung wirkt die starke Fluktuation, die in den baugewerblichen Verbänden viel stärker sein muß als bei den Verbänden der industriellen Arbeiter. Die Industrie hat ihre festen Sitze in Nevieren oder Städten, die sich nur selten und dann nur allmählich verschieben; das Baugewerbe aber, dessen Produkte an den Ort ihrer Herstellung gebunden sind, kann in einem Jahre an diesen oder jenen Orten sehr lebhaft betrieben werden, im anderen Jahre kann sich dort die Arbeitslosigkeit um die Hälfte oder mehr vermehrt haben. Dieser Bewegung der Arbeitslosigkeit folgt die Zahl der Beschäftigten und von der ist wiederum die Zahl der Organisierten abhängig. Die Zahl der Maurer unseres Verbandes bedingt die große Zahl der Durchläufer in unserem Verbands. Daß solche Fluktuationen einer großzügigen Arbeitslosenstatistik sehr hindernd im Wege stehen, liegt wohl klar auf der Hand. So ist es erklärlich, wenn unser Verband eine so wichtige Berufsfrage, wie die Feststellung der Arbeitslosigkeit, ihrer Lösung noch nicht näher gebracht hat. An gutem Willen dazu hat es ihm wie seinen Vorgängern nicht gefehlt. Aber die erklärten Mißerfolge wirkten entmutigend; man sah

ein, daß zu wirklich brauchbaren Ergebnissen eine viel bessere und stabilere Organisation gehöre, daß die Kollegenchaft noch viel größerer Schulung bedürfe.

Der Beschluß des letzten Verbandstages hat seine guten Gründe. Die Frage der Arbeitslosigkeit, d. h. die Fragen nach ihrem Umfange, nach ihrer Verteilung auf die einzelnen Orte und Gegenden des Landes, nach der Möglichkeit, ihre Härte zu mildern, war durch die Wirtschaftskrise wieder brennend geworden. Viele Kollegen fragten sich, ob denn der Verband, der auf anderen Gebieten so erfolgreich für sie gearbeitet hatte, nicht auch hier nach der einen oder anderen Richtung hin helfen könne. Und diese Fragen wurden dringender, wenn man sah, was die Verbände anderer Berufe in der Arbeitslosigkeit taten. Natürlich sagte sich auch jeder, daß die Dinge für uns weit schwieriger lägen, und daß, wenn sich der Verband überhaupt an die Behandlung der Arbeitslosigkeit heranwage, dies mit größter Vorsicht geschehen müsse. So kam man dann zu dem Beschluß, im Jahre 1909 statistische Feststellungen über die Arbeitslosigkeit im Maurergewerbe zu machen und beauftragte den Verbandsvorstand mit der weiteren Ausführung.

Wie die Feststellungen vor sich gehen sollen, ist in der Vorstandsbekanntmachung in Nr. 52 des „Grundstein“ vom vorigen Jahre bereits gesagt worden. Es kommt nun darauf an, daß die Verwaltungen der Zweigvereine und Zahlstellen die Zählungen praktisch organisieren, daß sich zuverlässige Kollegen bereithalten, die Arbeit des Zählens zu übernehmen, und daß jedes einzelne Mitglied die gewünschte Auskunft wahrheitsgemäß erteilt. So liegt es allen Verbandsmitgliedern ob, an der Bewältigung der großen und dauernden Aufgabe mit zu arbeiten. Jeder einzelne Kollege trägt ein Stück Verantwortung mit, wenn keine brauchbaren Ergebnisse erzielt werden. Man darf in diesem Zusammenhang auch Interesse für diese Statistik in unserem Verbands so groß ist, daß es uns über die immer noch vorhandenen Hindernisse hinweghilft, und wo zu befürchten ist, daß dies nicht der Fall sein sollte, da muß jetzt durch entsprechende Hinweise in den Versammlungen nachgeholfen werden.

Unsere Statistik über die Arbeitslosigkeit hat eine weit über unseren Verband hinausreichende Bedeutung. Die gegenwärtige Wirtschaftskrise hat in allen Gewerben viele tausend Hände zum Feiern gezwungen, und die Summe des Elends, das sie verursacht hat, steht vielleicht nicht hinter dem Jammer zurück, den das furchtbare Naturereignis auf der bebenden Erde Süditaliens verursacht hat. Aber während dort die halbe Welt um die Rettung und Erquickung der Opfer bemüht ist, geht man hart und kalt an dem Jammer im eigenen Lande, in der eigenen Stadt vorüber. Man sieht ja nichts davon, höchstens ein paar vergrämte Gesichter, aber weiter nichts. Die gesellschaftlichen Schäden sehen die meisten Menschen erst, wenn sie selbst davon angegriffen werden; was sie nicht an eigenen Leiden fühlen, oder was sich ihnen nicht mit plastischer Deutlichkeit aufdrängt, das können oder beachten sie nicht. Unser Wirtschaftsleben ist heute so wichtig und so vielfältig geworden, daß sich kein einzelner mehr völlig darin zurechtfinden kann. Endlos dehnt sich der Horizont, und kein noch so geübter Blick kann in alle seine Einzelheiten dringen. Man sieht wohl mancherlei Phänomene, viele fühlen sie nur; aber was sich dahinter verbirgt, das ahnen nur die zunächst Beteiligten. Das einzige Mittel, um die verschiedenen Erscheinungen unserer Auffassung näher zu bringen, ist die Statistik, die zahlenmäßige Erfassung und Darstellung der Einzelheiten in einem abgerundeten Gesamtbilde.

Dies Mittel ist für die heutige Volkswirtschaft geradezu unentbehrlich geworden. Kein Gesetz von

wirtschaftlicher oder sozialer Bedeutung ist heute möglich ohne zuvor die einschlägigen Verhältnisse statistisch durchleuchtet zu haben. Darum hat auch die Arbeitslosenstatistik eine große volkswirtschaftliche Bedeutung denn jede Krise, jede Störung im gewerblichen Leben läßt die Frage nach der Milderung des damit verbundenen Elends weiter Arbeiterkräften immer brennender werden. Es ist ein unerträglich Zustand für das werktätige Volk, der mit jeder neuen Störung herauszieht. Aber er ist nicht nur unerträglich, sondern auch unvernünftig und eines modernen Gemeinwesens unwürdig. Ein Land wie Deutschland, das alljährlich mehr als 700 Millionen Mark für Zwecke ausgibt, die wie das Militärwesen, solche Ausgaben durchaus nicht rechtfertigen, sollte nicht einmal die paar hundert Millionen übrig haben, um den Kern seiner Bevölkerung in schlechten Zeiten vor dem Verhungern in den Pauperismus zu bewahren? Sollte nicht einmal so viel Kräfte haben, um das ohnehin dürftige Leben seiner Arbeiter vor weiterer Verelendung zu schützen? Das muß ein so reiches Land können, und es kann es auch. Natürlich sind die Gegner der Arbeiterklasse rührig am Werke, dagegen Stimmung zu machen. Das Unternehmertum und seine parlamentarischen Vertreter sehen in wirksamen Maßregeln zur Bekämpfung der Folgen der Arbeitslosigkeit eine große Gefahr für ihren Profit, wie sie jede wirtschaftliche Verbesserung der Arbeiterklasse befehlen und zu verhindern bemüht sind. Die Hungerpeitsche, die sie heute noch so kräftig schwingen können, würde ihnen dann entrisen werden, und die Arbeiter würden sich dann nicht mehr so leicht unter ihre Botmäßigkeit bringen lassen. Die Regierung, die nach einem Ausspruch eines früheren Staatssekretärs nur für die Unternehmer arbeitet, steht — selbstverständlich! — heute noch auf ihrer Seite. Ihr Vertreter v. Bethmann-Hollweg hat in ungewohnter Weise die Forderung nach einer staatlichen Regelung des Arbeitslosenunterstützungswesens abgelehnt. Aber trotzdem wird diese Forderung von nun an nicht mehr aus der öffentlichen Diskussion verschwinden. Sie wird stets wieder und immer wieder mit Nachdruck erhoben werden müssen; sie muß eine Forderung werden, die bei allen Wahlen zu gesetzgebenden Körperschaften der Probierstein ist. Über diese Forderung muß auch sachlich begründet sein. Wir müssen die Verantwortlichkeit darauf hinweisen können, wie schwer die Schäden sind, die mit der Arbeitslosigkeit über die arbeitende Bevölkerung kommen.

Das hat gerade für das Baugewerbe, und von diesem wieder für das Maurergewerbe, seine Geltung. Denn keine andere Erwerbsgruppe leidet unter der Krise so schwer wie diese, weil hier noch die regelmäßig wiederkehrende winterliche Arbeitslosigkeit das Uebel verschärft. Aus diesem Grunde kommt der Arbeitslosenstatistik in unserem Verbands eine große Bedeutung zu. Durch sie wird gezeigt werden können, wie groß die Opfer sind, mit denen die Arbeiterchaft die Milderung der Kapitalismen büßen muß; die Agitation für eine staatliche Bekämpfung des Übels wird neue, gute Gründe erhalten, und so wird unsere Arbeit einem doppelten Zweck dienen: einmal in unseren eigenen Reihen Klarheit über wichtige Fragen zu schaffen, und zweitens der Lösung einer großen, vielleicht der größten sozialpolitischen Aufgabe unserer Zeit vorzuarbeiten.

Das mögen sich unsere Kollegen vor Augen halten, wenn sie an die Ausführung des Verbandstagesbeschlusses herantreten, daß eine wichtige, bedeutungsvolle Sache in ihre Hände gelegt ist. Es ist nicht leicht, was sie zu leisten haben; aber das Bewußtsein, eine wertvolle Tätigkeit zu verrichten, das im Interesse des Verbandes, im Interesse der ganzen Arbeiterchaft

verrichtet werden muß, möge sie zu größtem Eifer und zu strengster Gewissenhaftigkeit anspornen. Da, wo die Verwaltung ihrer Stellung gewachsen ist, wo die Kollegen den echten Gemeinfinn haben, da wird man auch befriedigende Resultate erzielen. Wo die Forderungen jedoch nicht gelingen, da kann man sicher annehmen, daß bei beiden, bei der Verwaltung und bei der Kollegenschaft, nicht alles so ist, wie es sein müßte.

Hoffen wir, daß gleich die erste Forderung unserer Organisation ein ehrenvolles Zeugnis ausstellt. In diesem Sinne an die Arbeit!

Luzussteuern.

Die Reichsregierung verfuhr bekanntlich, die in ihrer Finanzreformvorlage eine Hauptrolle spielenden neuen Steuern auf Bier, Branntwein, Tabak, Wein, Gas und Elektrizität, als „reine Luzussteuern“ hinzuzufügen, um sie zu rechtfertigen. Immer ist das Bestreben der herrschenden Klassenstaatlichen Faktoren darauf gerichtet gewesen, die Lasten, die das Staatswesen verursacht, durchaus oder so viel wie möglich auf die beehrten, ausgebildeten, arbeitenden Klassen abzuwälzen. Den Zehnten, Fronen und mancherlei anderen Zwangsabgaben, die das feudale Herrentum verfügte, sind in den letzten Jahrhunderten die auf Bedürfnisse der Volksmasse gelegten indirekten Steuern gefolgt, die im modernen Staatswesen zu einem unerhört ungerechten System entwickelt worden sind.

Dabei hat die Frage, was Luzus-Bedürfnis und was Luzus-Steuer ist, immer eine erhebliche Rolle gespielt. Sie ist bis zum heutigen Tage streitig geblieben, denn der Begriff „Luzus“ selbst ist immer ein sehr dehnbarer und veränderlicher. An Definitionen, die erheblich voneinander abweichen, fehlt es nicht; Hunderte von Abhandlungen sind darüber geschrieben worden. Es handelt sich um einen Begriff, der, wie Roscher in seinen „Grundlagen der Nationalökonomie“ (IV, 2) sagt, „nicht immer und überall derselbe ist“. Im wesentlichen ist zu beachten, daß Dinge in einem Zeitalter zum Luzus gerechnet werden, aber nicht mehr in einem anderen; daß ihre Herstellung oder Beschaffung mit erheblich vermindernden Kosten ihren Konsum ermöglicht. Darin liegt die volkswirtschaftliche Bedeutung der Frage. Der belgische Nationalökonom G. Mille de Labele nennet Gegenstände des Luzus solche, „die nicht immer unerläßlichen Bedürfnissen entsprechen und nur, weil sie eben viel Geld und viel Arbeit erfordern, einer Minderheit erreichbar bleiben“. Wer das Ergebnis anhaltenden Schaffens verbraucht, ohne dabei einem vernünftigen Zwecke zu dienen, frönt dem Luzus. Der von altersher überlieferte wirklich vollständige Begriff sieht den Luzus in der Verfröhenheit (Schwärmerei) und Verschwendungssucht.

Die Wandelbarkeit des Begriffes „Luzus“ kann an sehr vielen Beispielen gezeigt werden. So bildete im Mittelalter die Reibwäsche eine solche Seltenheit, daß Prinzen in ihrem Verlobten ein Hemd zu schenken pflegten. Allgemein war es üblich, beim Schlafengehen dieses kostbare Kleidungsstück auszulegen. Heute ist es ein Kriterium höchsten Glanzes, kein Hemd zu haben. Dieses Kleidungsstück gehört längst zum notwendigsten auch des Armen; es ist ein Bedürfnis geworden, dessen Befriedigung in dem Begriff eines menschenwürdigen Daseins aufgeführt. Als Indien Kusseln und geklümte Baumwollzeuge nach Europa schickte, konnten nur reiche Damen solche Stoffe tragen; man sagte, das sei Luzus, während jetzt keiner Protektoren „Luzus“ vorzuziehen wird, wenn sie ihrer zur Bekleidung sich bedient. Durch vervollkommnung im Maschinenwesen haben immer mehr Artikel, die früher als Luzus galten, bei der großen Masse Eingang gefunden.

Im Steuerwesen nun hat man in den letzten drei Jahrhunderten den Begriff „Luzusgegenstand“ höchst willkürlich konstruiert, ihn auf Artikel angewendet, die dem Massenbedürfnis und dem Massenverbrauch dienen, um auf diese Weise ihre ungerechte, oft sehr drückende Belastung mit Abgaben zu „rechtfertigen“. Wirkliche Luzussteuern haben niemals und in keinem Lande einen der Rede werten Teil der Staatsbedürfnisse aufgebracht. Die hervorragendsten Vertreter der Wissenschaft der Nationalökonomie sind seit zweihundert Jahren einig in der richtigen Auffassung, daß Gegenstände des Massenkonsums, die der Befriedigung eines allgemeinen vorhandenen Bedürfnisses dienen, nicht als Luzusgegenstände anzusehen und zu behandeln sind. Ferd. Lassalle („Die indirekten Steuern und die Lage der arbeitenden Klassen“) sagt, daß Steuern, die gelegt sind auf Gegenstände des auch in den unteren Volksklassen allgemein üblichen Verbrauchs, wie Kaffee, Bier, Branntwein, Tabak, Licht u. keine Luzussteuern sind. Sie bewirken eine Erhöhung und Verschärfung der gewohnten Lebenshaltung der arbeitenden Klassen.

Die deutsche Reichsregierung aber hat von Anfang an die völlig haltlose, der Bemäntelung einer schweren Ungerechtigkeit am Volke dienende entgegengelegte „Auffassung“ vertreten. Fürst Bismarck erklärte sich „von Haus aus wesentlich für Aufbringung aller Mittel nach Möglichkeit durch indirekte Steuern, weil, was aus theoretisch dagegen gesagt werden möge, faktisch ist, daß man sie weniger fühlt“. Am 22. November 1875 sagte er im Reichstage: „Grundsätzlich diejenigen Artikel, die dem Konsum der großen Masse dienen, müßten durch Zölle und Steuern getroffen werden: Bier, Tabak, Kaffee, Zucker, Branntwein und Petroleum; diese großen Verbrauchsgegenstände seien, so sagte er, wirklich hiezu, die Luzusgegenstände der großen Masse!“

Im dieser Exzelsität hat die Reichsregierung festgehalten. Jetzt, bei der Reichsfinanzreform, will der Reichshauptkassier Schödl das Volk und das Parlament dahin belehren, daß ihm durch neue Steuern auf Bier, Branntwein, Wein, sowie auf Gas, und Elektrizität, deshalb kein Unrecht widerfahre, weil es sich um Verbrauchs-

gegenstände handle, die zum Leben „nicht unbedingt nötig“ seien, vielmehr „entbehrlich“ werden können!

Damit setzt sich die Regierung in den schreiendsten Widerspruch zu der Kultur des deutschen Volkes und den Bedingungen ihrer Entwicklung. In dem sie erklärt, bestimmen zu wollen, „was entbehrlich werden könne“, spricht sie dem betreffenden Konsum seine volkswirtschaftliche und kulturelle Bedeutung ab, während sie doch von der Erzeugung geleitet ist, daß dieser Konsum gerade deshalb, weil die Massen sich nie dazu entschließen werden, ihn zu entbehren, eine sehr ergiebige Steuerquelle abgibt. Sie rechnet nicht mit der Entbehrung; im Gegenteil, sie hat das stärkste finanzielle Interesse daran, daß der angeblich „entbehrliche“ Konsum und damit natürlich auch der Steuerertrag steigt. Ihr ganzes wirtschaftspolitisches System, ihr ganzes Finanzwesen würde zusammenbrechen, wenn es möglich wäre, daß die Massen sich entschließen könnten, den Konsum der als „Luzus“ und als „entbehrlich“ bezeichneten Verbrauchsgegenstände: Bier, Branntwein, Tabak usw., zu unterlassen. Dann wäre der Bankrott des Reiches unvermeidlich, wenn nicht schleunigst das ganze Finanzsystem gründlich geändert würde. Und es würde eine schauerhafte wirtschaftliche Zerrüttung eintreten; ganze große Industrien würden zu grunde gehen.

Es macht einen geradezu fäglichen Eindruck auf politisch gebildete Menschen, daß die Reichsregierung es auch jetzt wieder wagt, als hauptsächlichsten Rechtfertigungsgrund für die höhere Besteuerung der erwähnten Konsumartikel deren „Entbehrlichkeit“ geltend zu machen. Es kommen dabei Industrien in Betracht, die einen erheblichen Teil der deutschen Volkswirtschaft darstellen. Steuerliche Gerechtigkeit, mit der das ganze bestehende finanzpolitische System unvereinbar ist, gehört nicht zum Programm der Reichsregierung. Aber sie möge sich gefaßt sein lassen, daß das Volk es als einen hohen empfindet, ihm Bedürfnisse, die aus der Kulturentwicklung gewonnen sind, und die mit zur Basis seiner Kultur gehören, als „entbehrlichen Luzus“ anzurechnen, um es reaktionären Gewalttätigen und herrschenden Klassen tributpflichtig zu machen.

Politische Umschau.

Blutopfer der Arbeit. — Arbeiterkammer-Gesamtwahl. — Reichsfinanzreform. — Ich will Frieden haben mit meinem Volke. — Der Kaiser als Vorleser. — Die Militärauflösung an der Arbeit. — Wiederaufbau der durch das Erdbeben zerstörten Städte.

Der Reichstag hat nach vierwöchigen Ferien am 12. Januar seine Arbeiten wieder aufgenommen. Ihm ist u. a. ausgegangen die vom Reichsversicherungsamt aufgestellte Nachweisung über die Rechnungsergebnisse der Berufsversicherungskassen für das Jahr 1907. Wir werden auf sie unter besonderer Berücksichtigung des Arbeiterverbandes näher eingehen. Hier sei nur bemerkt, daß die Gesamtzahl der in Berücksichtigung zur Anmeldung gelangten Unfälle 662 901 beträgt. Darin begreifen sich 9815 Tote, 134 888 Schwerverwundete, davon sind 61 449 dauernd in ihrer Erwerbstätigkeit toll und zum Teil beeinträchtigt. Das sind die Zahl für Jahr sich wiederholenden und stetig anwachsenden Blutopfer der Arbeit an den Kapitalismus.

Es ist möglich, daß, wenn diese Nummer des „Grundstein“ in die Hände unserer Leser gelangt, der Arbeitersamtagereisebericht bereits zur ersten Beratung im Reichstage gebracht worden ist. Gegen die paritätischen Arbeitstammern haben sich nunmehr sämtliche Gewerkschaften und sonstige Unternehmerorganisationen ausgesprochen und ihre Einwendungen in Resolutionen an den Reichstag niedergelegt. Unsere Leser wissen, weshalb die Unternehmer den Arbeitstammern den Vorschlag geben. Wir haben ihre Gründe dafür kürzlich dargelegt; von einer geselligen Arbeitervertretung, die nur die Aufgabe hat, Vorschläge zu machen, haben sie nichts zu befürchten, während sie in den paritätischen Arbeitstammern mit den Arbeitern zusammen wirken müssen.

In der schwebenden Frage der Reichsfinanzreform, die nunmehr die Reichsstaatskommission beschäftigt, ist während der Parlamentsferien von Seiten der Regierung versucht worden, mit den Führern der Blockpartei eine Verständigung zu erreichen. Ob- und inwiefern diese Arbeit hinter den Kulissen Erfolg gehabt hat, darüber ist nichts bekannt geworden. Die kritische Frage hat aber eine weitere Verschärfung erfahren. In letzter Nummer hatten wir mitgeteilt, daß der Reichsfinanzdalle nach viel schlimmer ist, als angenommen worden war, daß nämlich das Reichsdefizit jetzt 132 Millionen, sondern nahezu 200 Millionen Mark beträgt. Diese Rechnung wird jetzt bestätigt, ja, es ist nunmehr wahrscheinlich, daß man noch ein viel höheres Defizit zu erwarten hat.

Am Neujahrstage soll der Kaiser als Predigttext für den Gottesdienst das Bibelwort gewählt haben: „Ich will Frieden haben mit meinem Volke.“ Wir sind überzeugt, daß es keinen Theologen gibt, der angebene vermöchte, wie der Kaiser die Erfüllung dieses Wunsches erreichen kann. In einem Staate, wo sich der Klassenkampf abspielt, wo die herrschenden Stände und Klassen den Monarchen für ihre Interessen gegenüber den Interessen der arbeitenden Klassen in Anspruch nehmen und wo letztere sich mehr und mehr der Demokratie und dem demokratischen Sozialismus zuwenden, kann es keinen Frieden geben zwischen Gottesgabundem und Volk. Auch dann nicht, wenn der Monarch es wirklich mit der Arbeiterschaft halten würde. Dann würden sich die herrschenden Klassen gegen ihn erheben.

Der Kaiser hat übrigens auch sonst noch wieder von sich reden gemacht. Amar eine Rede hat er nicht gehalten. Wohl aber eine Vorlesung, und zwar beim Neujahrsempfang der kommandierenden Generäle. Demen hat er einen Zeitungsartikel des ehemaligen Chefs des großen Generalstabes, Generaloberst Schlieffen, vorgelesen. Dieser Artikel ist überschrieben: „Der Krieg der Gegenwart“, und Wilhelm II. erklärte, daß er sich mit seinen Ansichten durchaus decke. Er bepricht die militärische Lage Europas, kritisiert sehr abfällig

die Diplomatie und betont die Notwendigkeit „einer großen, starken, mächtigen Armee, die von fester Hand geführt wird“. So arbeitet die Militärpartei natürlich ist der Schlieffen'sche Artikel im Ausland allgemein als eine Drohung aufgefaßt und über den Kaiser wird wieder sehr herbe Urteile gefällt worden. Die Diskussion über die Kriegsgesetze, die ja schon so lange in allen Ländern gefehlt wird, hat durch die kaiserliche Vorlesung neue Nahrung erhalten. Das Weirüsten wird fortgesetzt. Selbst die kleineren Staaten, wie z. B. Dänemark, wollen darin nicht zurückbleiben. Und wir haben; wie ein schriftsteller General in einem Berliner Blatte vertritt, für das Jahr 1910 eine neue Militärvorlage zu erwarten.

Kriegsgesetz, Unerfährtheit des Volkes, immer neue Volksbefragung und wirtschaftliche Krisis mit Massenarbeitslosigkeit — das stimmt gut zusammen!

Die ganze Kulturwelt sieht begrifflicher Weise immer noch unter dem furchtbaren Eindruck der Erdbebenkatastrophen in Sizilien. Es ist im Lande ein heftiger Streit darüber entbrannt, ob Messina und andere zerstörte Städte wieder aufgebaut werden sollen oder nicht. Von der einen Seite wird erklärt, und diese Meinung hat etwas für sich, daß auf vulkanischen Gebieten überhaupt keine Städte bestehen sollten; man sollte die Bevölkerung in anderen Gebieten ansiedeln. Die Sizilianer aber hängen zu sehr an ihrer Heimat; sie verlangen energisch den Wiederaufbau der zerstörten Städte. Das italienische Parlament muß zu dieser Frage Stellung nehmen. Jedenfalls sollte man beim Wiederaufbau es vermeiden, gewaltige und vielstöckige Häuser zu errichten. Die Japaner haben auch Erdbebengebiete. Sie sind durch die Erfahrung dahin gebracht, daß sie in diesen Gebieten die Häuser nur noch leicht und niedrig bauen, so daß diese beim Zusammenstoß bei weitem nicht so viel Schaden anrichten können als die riesigen zusammengebängelten Steinbauten, deren stützende Krümmer in Messina usw. so viele Tausende von Menschen unter sich begruben.

Maurerbewegung.

Streiks, Aussperrungen, Massregelungen, Differenzen. Sperrten, über die nicht mindestens alle vier Wochen berichtet wird, werden fernerhin nicht mehr veröffentlicht.

Zuzug von Mauern und Bauarbeitern ist fernzuhalten:

Deutschland:

Maurer:
Hansastädte:
Hamburg (Sperrten über die Ofenarbeiten der Stettiner Chamottefabrik an der Gasanstalt Grabsbrook und auf der Vulkanwerft, Schornsteinbaufirma Diedrich), Lübeck (Sperrten über die Zwischenunternehmer Mädel & Jabs);

Schleswig-Holstein:
Rendsburg (Sperrten über die Karlsütte und das Kokswerk in Amdorf);

Mecklenburg:
Sülze (Sperrten über Haldorf);
Ost- und Westpreußen; Posen:
Goldap (Sperrten über Wendt);

Königr. Sachsen:
Leipzig (es sind gesperrt: Marien & Kunze, Bahnhofsbauteil, Ebert & Rödel, Ecke Brandvorwerkstrasse und Kantstrasse), Mülsen (Sperrten über E. Meier in Ortmanndorf und F. Döhn in Mülsen-St. Nikolaus), Pirna (Sperrten über Wolf in Graupa), Frankenberg (Sperrten über Winkler);

Provinz Sachsen und Anhalt:
Merseburg (Sperrten über den Schulneubau in Schafstädt b. Lauchstädt), Weissensels (Sperrten über die Unternehmer Menzel und Schiedt);
Halls (Sperrten über Ifland in Passendorf);

Thüringen:
Ronneburg (Sperrten über Kretschmar), Arnstadt (Sperrten über O. Gressler);

Hannover-Oldenburg:
Milsburg (Sperrten über die Zementfabrik, Germania), Osterholz-Ritterhude (Sperrten über Bahnbauten, Unternehmer Stabenow in Gütersloh), Nordenham (Sperrten über die Bauten des Metallwerkes);

Westfalen und Rheinland:
Düsseldorf (Sperrten über Zensen in Benrath und über die Diakonissenanstalt in Kaiserswerth), Castrop (Sperrten über Vebener);

Elsass-Lothringen:
Strassburg (Sperrten über Schütterle).

Fliessenleger:

Mühlheim-Ruhr (Sperrten über Möhlenbruck & Mathes), Cöln und Düsseldorf (Sperrten über die Arbeiten des Zwischenmeisters Kurbaum aus Bonn), Kiel (Sperrten über Gebr. Rabe, Kasernenbauten), sowie Differenzen im Allgemeinen.

Isolierer und Steinholzleger:

Leipzig (Sperrten über die Firma Friedrich Wilhelm Krausse, Moltkestr. 23), Cöln (Sperrten über die Korkelthwerke), Chemnitz (Sperrten über Ziegeler & Fritsche).

Oesterreich:

Karlsbad.

Differenzen aus § 4 des Tarifvertrags.

Der § 4 des allgemeinen Tarifvertrages für das Bau-gewerbe lautet bekanntlich: Der Stundenlohn beträgt für einen ... mit der Maßgabe, daß die Arbeiter zu einer angemessenen Gegenleistung und zur Ausführung der bisher ortsüblichen Arbeiten verpflichtet sind. — Ueber die Tragweite dieser Gegenleistung...

Bautenkontrollkommission vom 3. August 8. J. Aufgefunden wurden 13 Neubauten, die von fünf Unternehmern aufgeführt wurden. Beschäftigt waren auf diesen Bauten 8 Arbeiter, 72 Gesellen zu 3 pro Stunde, 1 Geselle zu 35 s und 4 Lehrlinge. Es war in der Vermählung der Kollege Adolf Schlegel anwesend, der wieder in den Verband eintrat. Der Wiedereintritt wurde von der Vermählung gestattet, aber nur gegen 10 Ruhe, die bis Jahresabschluss gezahlt sein muß, weil er schon mehrmals wieder eintrat. Jetzt aber die Ruhe verdoppelt. Nämlich ist der Kollege Adolf Schlegel aus Reichheim seinen Verpflichtungen nachgekommen und wieder als Mitglied zu betrachten. Auf Antrag des Kollegen Hof wurde beschlossen, in nächster Zeit Bezirksversammlungen abzuhalten als Vorbereitung für die folgende Mitgliederversammlung zur Wahl des gesamten Vorstandes. Zum Schluß nahm Kollege Koberger das Wort, um in schlichten Worten die Kollegen zu ermahnen, die gegenwärtigen Verhältnisse zu unterlassen, denn nur durch Einigkeit und Zusammenhalten könne etwas erungen und erlangt werden. Der Kassierer der Sterbeseife erwähnte kämpft werden. Der Kassierer der Sterbeseife erwähnte die Kollegen, vor Jahresabschluss die Beiträge zu begleichen.

Gollnow. Am 3. Januar hielt der hiesige Zweigverein seine regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Die Versammlung war sehr schwach besucht, von den anwesenden Kollegen war kaum ein Drittel erschienen. Das kommt leider daher, daß einzelne Kollegen es noch nicht begriffen und sich zur Pflicht gemacht haben, Mann für Mann zu erscheinen und den alten Schenkern sowie die Schlafmüdigkeit fassen zu lassen. Nach der Eröffnung der Versammlung erbatte der Kassierer E. Wegfall Bericht über die Abrechnung vom vierten Quartal 1908; selbige wurde von der Versammlung für richtig befunden, wonach dem bisherigen Kassierer für sein fünfjähriges Walten als treuer Kassierer Decharge erteilt wurde. In der Diskussion forderte der Vorsitzende B. Wuf die Kollegen auf, doch mehr dafür Sorge zu tragen, daß die Versammlungen besser besucht würden. Ferner möchten die Kollegen gegen die Nichtorganierten nicht zu schroff vorgehen, sondern sanftmütiger mit ihnen verfahren und ihnen klarmachen, daß sie unserem Verbands beizutreten hätten, damit wir in diesem Jahre mit vereinten Kräften uns das wieder eringen, was uns das Unternehmertum im vorigen Jahre genommen hat. Zum Schluß wurde noch einstimmig beschlossen, die Mitgliederversammlungen jeden Sonntag nach dem 1. und 15. im Monat stattfinden zu lassen.

Landberg a. d. W. Am 3. Januar fand hier die erste Generalversammlung statt. Zunächst verlas der Kassierer die Quartalsabrechnung. Es wurden 1386,85 an die Hauptkasse abgehandelt. Die Einnahme der Kassa betrug im 4. Quartal 1717,38, die Ausgabe 1313,54, so daß ein Kassenbestand von 403,84 zu verzeichnen ist, davon sind 200 auf Sparkasse angelegt. Die Mitgliederzahl betrug am Quartalsabschluss 296. Laut Jahresabrechnung betrug die Einnahme der Kassa 1620,37, die Ausgabe 1216,63. Eingetretene sind im Jahre 1908 85 Mitglieder, davon waren vier schon einmal Mitglieder. Angemeldet haben sich 39 und abgemeldet 44 Mitglieder, gestorben sind zwei Mitglieder. Die Verbandsgeschäfte wurden in 24 Sitzungen, einer öffentlichen Versammlung und in 24 Sitzungen des Vorstandes und der Baudeputierten erledigt. Ferner fanden statt: 10 Kassenrevisionen, 2 Bautenkontrollen, 6 Sitzungen mit den Hilfskassierern. Differenzen kamen dreimal vor, die aber gleich durch Eingreifen des Vorstandes zu unseren Gunsten erledigt wurden; Unterstützung brauchte nicht gezahlt zu werden. Der Vorsitzende warf einen Mißstand auf das Jahr 1908, indem er unter anderem bemerkte, daß das vergangene Jahr, außer einigen persönlichen Unzufriedenheiten, ziemlich ruhig in der Organisation verlaufen sei. Weiter führte er an, daß auch die Beitragsentrichtung mit einigen unangenehmen Ausnahmen ziemlich glatt von statten ging, was auch die Kassenrevision zeigte, und ja auch weiter beweist, daß die Hilfskassierer immer besser ihre Sache besorgten als in früheren Jahren. Jedoch, bemerkte der Vorsitzende, habe sich fast das ganze Jahr hindurch ein gewisser lauer Zug unter den Kollegen bemerkbar gemacht, denn die Versammlungen waren fast immer sehr schwach besucht. Die Ursache sei ja wohl größtenteils darin zu suchen, daß die Kollegen auch hier ziemlich stark unter der großen Arbeitslosigkeit zu leiden hätten. Der Vorsitzende bemerkte weiter, daß ja aller Voraussicht nach die Konjunktur wieder besser werden wird, wenn auch nicht gleich im Frühjahr dieses Jahres; er forderte die Kollegen auf, den lauen Geist von sich zu werfen, die Versammlungen in diesem Jahre wieder besser zu besuchen und persönlichen Haß und Streit zu meiden, damit wir gestärkt aus der Wirtschaftskrise hervorgehen und im Jahre 1910 gerüstet dastehen; auf das das Unternehmertum für sich so große Hoffnungen setzt. Daß die Pläne der Unternehmer nicht nach ihrem Wunsch in Erfüllung gehen, muß unsere Aufgabe sein; danach zu trachten, muß im neuen Jahre unsere Parole sein. Darauf erfolgte Schluß der Versammlung.

Megnitz. Sonntag, den 8. Januar, tagte im Gewerkschaftshaus die gut besuchte Generalversammlung des Zweigvereins. Kollege Bohner gab den Geschäftsbericht. Das Zweigvereinsgebiet erstreckt sich auf mehr als 60 Orte. Mitglieder haben wir in 22 Orten, bedeutend mehr als im vergangenen Jahre. Am Ende des Jahres 1907 war die Konjunktur äußerst schlecht, weshalb die Mitgliederzahl von 534 auf 450 zurückgegangen ist. 1908 belebte sich die Konjunktur wieder etwas, und hat bis Herbst angehalten, weil die Stadtverwaltung einige sehr große Bauten aufstellte. Dementsprechend stieg auch die Mitgliederzahl wieder auf 505, und ging im vierten Quartal auf 480 zurück. Doch hätten wir während der Krise die Zahlen nicht halten können, wenn wir nicht den ganzen Landkreis organisiert hätten, und wenn nicht auch auf dem Lande Arbeit vorhanden gewesen wäre. Lohnbedingungen haben nicht stattgefunden, da unser Vertrag beiderseits nicht geändert wurde. In Ribben wurden Lohnreduzierungen vorgenommen; hoffentlich ist es eine Lehre für die dortigen Kollegen, in Zukunft fester zur Organisation zu halten. Versammlungen wurden 22 abgehalten, wovon eine von

300 Kollegen besucht war, eine von 250, 2 von 170, 6 von 120 bis 150, 2 von 110, 6 von 80 bis 100, die übrigen von unter 80 Kollegen besucht war. In diesen wurden neun Vorträge und fünf Vorträge gehalten. Nebenbei mußten noch eine Reihe von Vorstandssitzungen, Baudelegiertenführungen und einige kombinierte Sitzungen abgehalten werden. Zweimal wurden Flugblätter verbreitet. Neu eingetretene sind 1908 103 Kollegen, wovon 93 ebenfalls Eintrittsgeld bezahlen mußten. Zugereist sind 68, abgemeldet 92, gestorben 8, wegen Schulden gestrichen 12. Die gesamte Einnahme für die Hauptkasse betrug 1908 1691,10, davon wurden 1490,29 an die Hauptkasse abgehandelt, der Rest für Rechnung der Hauptkasse am Ort ausgegibt und der Kassa überwiefen. Insgesamt betrug die Zahl der gezahlten Beiträge 17.508; das sind durchschnittlich pro Jahr und Mitglied 37. Diese Zahl muß sich nächstes Jahr verbessern. Kollege Bohner bemerkte noch, daß sich auch auf politischen Gebiet immer mehr betätigen. Die Zahl der Kollegen, die politisch organisiert sind, beträgt jetzt 243; das ist gegen frühere Jahre ein schöner Fortschritt. Redner schloß mit den Worten: 1908 war für uns ein Jahr guter innerer Entwicklung; die Frucht solcher Entwicklung werden wir in kommenden künftigen Jahren ernten. Arbeitet jeder an seinem Platte in diesem Sinne weiter, wird auch das kommende Jahr Erfolge bringen. Hierauf erstattete Kollege Goldmann die Quartals- und Jahresabrechnung der Kassa. Die Gesamteinnahme der Kassa für 1908 betrug inklusive Bestand vom vorigen Jahr 1691,10, so daß zur Zeit ein Kassenbestand von 2982,09 vorhanden ist. Hiervon sind 2000 angelegt. Nachdem die Entschädigungsfrage geregelt war, wurde der Wahl des gesamten Vorstandes vorgenommen. Als erster Vorsitzender wurde Kollege Rudolf Bohner fast einstimmig wiedergewählt; als Kassierer wurde Kollege Ernst Goldmann wiedergewählt. Zum Schluß forderte Kollege Bohner noch in eindringender Weise zur Mitarbeit auf, damit jeder ein einbringungsreicher Anhänger des Verbandes werde, um den großen Aufgaben der Zukunft gewachsen zu sein. Durch Aufführung und Mitarbeit kommt jeder Kollege zur Erkenntnis der wirtschaftlichen Triebkraft. Er erkennt das Wesen der heutigen Gesellschaft besser und wird immer in der Lage sein, Sandlungen der Verbandsleitung, welche er manchmal kritisch gegenübersteht, richtig zu verstehen und so mitarbeiten zum Wohle des Ganzen.

Mainz. Am 3. Januar hielt der hiesige Zweigverein eine außerordentliche Mitgliederversammlung ab. Der Hauptpunkt der Tagesordnung war: Geschäftsfrage des Zweigvereinsbeamten. Das Gehalt betrug in Mainz für den Zweigvereinsbeamten 1800 jährlich, was dem Kölner Verbandsratsmitglied nicht entsprach. Kollege Rüdiger gab, Johann Degen, Johann Marschall und Peter Eichenhagen. Die anwesenden Kollegen ertreten ihre Äußerungen durch Erheben von den Sigen. Sodann nahm Kollege Böhmer das Wort, der unter anderem folgendes ausführte: In den ersten Jahren des Bestehens unseres Verbandes hat man wenig Beamte gehabt, als aber der Verband sich immer mehr entwickelte, da mußten wir zu Saniblungen des Verbandes kommen und Kollegen anstellen. Die Ausdehnung des Verbandes brachte es mit sich, daß größere Zweigvereine zu Beamtenstellungen kommen mußten. So hatten wir in unserem Verbands im Jahre 1907 104 angestellte Kollegen. Der Verbandsrat in Mainz schickte eine Vorlage über die Gehaltsfrage für Beamte bis zum nächsten Verbandsrat zu machen. Dem Kölner Verbandsrat wurde eine Vorlage unterbreitet, wonach das Anfangsgehalt eines Zweigvereinsbeamten nicht unter 1500 betragen soll. Der Verbandsrat ging aber weit darüber hinaus. Er, Redner, habe anfangs Bedenken dagegen gehabt, heute freue er sich, daß der Kölner Verbandsrat die Gehälter, so wie sie jetzt sind, geregelt habe. Einzelne Zweigvereine haben Protest gegen den Kölner Verbandsratsbeschluss erhoben. Der Zweigverein Mainz habe gegen die Beschlüsse des Kölner Verbandsrates nicht protestiert und sich somit mit den Beschlüssen einverstanden erklärt. In Mainz ist der Streitfrage erst in diesem Jahre aufgetaucht. Man sagt, man hat uns das Selbstbestimmungsrecht genommen. Wenn es sich um die Gehälter der Beamten handelt, da heißt es sofort, der füllt nicht mehr mit den Arbeitern. Beamter sein in einer Arbeiterorganisation ist kein Vergnügen; der Beamte soll sich alle Kritik, jedes schlechte Gerächte, zu lasten von unserem Gewerbe und, fühllosigend gefallen lassen. Wenn die Arbeiterbewegung keine Beamten haben müßte, so würde er kein Beamter sein. In unserem Verbands hat noch keiner sein Geld umsonst gehabt. Der Beamte hat keine Zeiteinteilung, er hat zu arbeiten, wenn es notwendig ist. Die Organisation hat die Aufgabe, Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu regeln, damit ist es notwendig, den Lohn auch für die Beamten festzusetzen. Die Kollegen müßten die Beschlüsse vom Kölner Verbandsrat anerkennen. Wir haben alle Ursache, uns zusammenzusetzen, damit wir in ersten Zeiten geschlossen dastehen. Hierauf entstand eine scharfe Debatte. Schließlich wurde eine Resolution gegen eine fakte Minderheit angenommen, welche besagt, daß sich die heutige Zweigvereinsversammlung mit den Beschlüssen des Kölner Verbandsrates über die Gehaltsfrage einverstanden erklärt.

Mühlberg a. d. Elbe. Am 27. Dezember d. J. hielt der hiesige Zweigverein eine Mitgliederversammlung ab, in der Kollege R. Tauchnitz über Arbeitergesetz referierte. Er führte den Anwesenden die Entstehung sowie Bedeutung des Arbeitergesetzes klar vor Augen und wies ferner darauf hin, daß es nur der Organisation überlassen ist, einen wirklichen Arbeiterschutz zu schaffen, da je der Staat nur die Interessen der Unternehmer unterstützt, aber wenig zum Schutze der Arbeiter tut. Deshalb müßten wir den Kampf für den Arbeiterschutz unterhalten, indem wir fest zur gewerkschaftlichen und politischen Organisation halten. Eine Diskussion fand nicht statt. Hierauf gab Kollege R. Tauchnitz Bericht vom Gewerkschaftsrat. Er betonte unter anderem, daß nach dem Bericht der Zeitungs-Kommission gerade die Mauer des Volkshaus am wenigsten lesen und auch am wenigsten politisch organisiert seien. An den Bericht schloß sich die Wahl der Delegierten

zum Kartell für das Jahr 1909. Sodann gab der Kassierer, Kollege Schneider, den Kassierbericht; da sich alles in Ordnung befand und kein Widerspruch erhoben wurde, wurde dem Kassierer Decharge erteilt. In „Verschiedenes“ wurde der Kollege Franz Herbst wegen Vergehens gegen den Zweigverein ausgeschlossen. Nach einer kräftigen Ermahnung des Vorsitzenden an die Kollegen, sich politisch zu organisieren und die Parteipresse zu abonnieren, erfolgte Schluß der gut verlaufenen Versammlung.

Neudamm. Am 8. Januar tagte die erste Versammlung in diesem Jahre im Hotel „Kaiserhof“. Zuerst wurde unserer Toten vom Jahre 1908 gedacht. Dann gab der Kassierer den Kassierabschluss vom vierten Quartal und anschließend den Jahresbericht. Aus der Mitte der Versammlung kam eine Anfrage, die persönlichen Verwaltungen auszugeben betreffend. Nach Aufführung wurden beide Berichte debattiert angenommen. Bei der Neuwahl des Vorstandes wurde der gesamte Vorstand sowie die Lohnkommission durch Affirmation wiedergewählt. Bei der Wahl der Kartelldelegierten wurde der Antrag gestellt, diese mit 50 s für jede Sitzung zu entschädigen. Nach erregter Debatte wurde dieser Antrag mit allen gegen drei Stimmen angenommen. Für Darmnietel wurde als Hilfskassierer Karl Wiesele wieder, für Fürsorgekasse Fritz Gröndel und für Richter Wilhelm Wiesele neugewählt. Von Gründer und Willeksoff war niemand anwesend. Die alten Hilfskassierer müssen daher bis auf weiteres noch in ihrem Amte bleiben. Ein Antrag, die sämigen „Grundstein“ verbreiter einen Monat länger austragen zu lassen, wurde angenommen. Der Hilfskassierer von Darmnietel soll seine „Grundsteine“ mehr verbreiten helfen. Nachdem die Versammlung mit einem Hoch auf den Zentralverband und den Zweigverein Neudamm geschlossen worden war, vereinigten sich die Kollegen zum abanglofen Weisammensein bei einem Glase Bier.

Münberg-Würtz. Der Bezirk Würth, der früher selbständiger Zweigverein war und später mit Münberg verschmolzen wurde, hielt am 5. Januar seine Mitgliederversammlung ab. Der Besuch der Versammlung machte einen sehr bescheidenen Eindruck auf die Würthler Kollegen, denn von 140 Mitgliedern hatten es nur 14 der Mühe wert gefunden, in die Versammlung zu gehen. Wohl kann es sein, der den ganzen Gang der Bewegung seit der Verschmelzung in Würth mitgemacht hat, nicht wundert, daß die Würthler Kollegen so gleichgültig geworden sind. Denn heute noch kann man nur von verschiedenen Kollegen über die Verschmelzung und zugleich über die Verwaltung in Würth, Schimpfen hören, insbesondere aber über den Winterbeitrag im vorigen Jahre. Es ist wohl richtig, daß ein Beitrag nicht herbeigeführt werden konnte, und zwar deshalb nicht, weil die Kurzfristigkeit einiger Münberger und Würthler Kollegen Uneinigkeit in der Versammlung hervorrief. Nun steht aber fest, daß die Kollegen in Münberg sowie alle Kollegen in den Jahrestellen und auch die übergroße Wehrzahl in Würth den Winterbeitrag von 25 s bezahlt hatten, so daß nur noch die Kollegen, die von Anfang an Gegner davon waren, mit den Beiträgen im Rückstand sind, außer denen, die Unterstützung bezogen haben, denen die Beiträge abgezogen wurden. Nun haben es diese Kollegen mit der ewigen Körgelei in den Versammlungen fertig gebracht, einen Teil der richtigdenkenden Kollegen von den Versammlungen fernzuhalten, so daß eine richtige Klauheit unter den Kollegen eingetreten ist, so daß am Schluß des Jahres eine Anzahl gestrichen werden mußte. Aber die Würthler Kollegen haben keine Ursache, sich über die Verschmelzung zu empören, da es sehr fraglich ist, ob es ihnen als selbständiger Zweigverein gelungen wäre, denselben Lohn zu bekommen, den sie heute haben. Beweise: Die Unterhandlungen, von welchen die Zimmerer von Würth ausgeschlossen waren. Auch sonst haben die Würthler Kollegen keine Ursache, sich über die Münberger zu beschweren, denn soweit wie nur möglich, wird jedem Kollegen in Würth genau soviel Rechnung getragen, wie den Münbergern. Wenn ein Kollege in der Verwaltung nicht entspricht, so haben es die Kollegen in den Generalversammlungen in der Hand. Aber wir müssen uns auch endlich einmal daran gewöhnen, daß der persönliche Haß und Streit aus den Versammlungen verschwindet. Das gilt auch für einen großen Teil der Münberger Kollegen. Nur mit der Beitragszahlung sind sie etwas voraus. Dieses soll dazu beitragen, die Säumigen und schlechten Zahlher an ihre Pflicht zu erinnern. Auch die Tarifverhandlungen sowie der Abschluß unseres Tarifs sollten doch endlich einmal die Kollegen aufreizen und aus den Diskussionen und Wirtschaftsgesprächen verschwinden. Man sollte lieber die andere große Aufgabe, die uns bevorsteht, ins Auge fassen und mit voller Kraft und Liebe an dem Ausbau der Organisation arbeiten. Insbesondere wäre den Unzufriedenen zu empfehlen, im heutigen Jahre auf ihren Baustellen das Amt des Baudelegierten zu übernehmen und die sauren Kollegen aus ihrer Klauheit aufzuwecken. Wenn alle Kollegen in diesem Sinne mitarbeiten, dann werden die Unternehmer einen anderen Respekt vor den Münberger und Würthler Mauern und Steinbauern bekommen.

Pentz. Sonntag, den 27. Dezember 1908, tagte hier eine außerordentliche Generalversammlung, die sich mit der Neuwahl der Verwaltung beschäftigte. Gewählt wurden Kollege Fischer aus Rodsburg als erster Vorsitzender und als Kassierer Kollege Dietrich. Ferner wurde gewählt die Kollegen Dietrich und Fischer als Kartelldelegierte, Kerstler, Dietrich und Fischer als Bautenkontrollre. Weiter wurde für jeden Ort, wo mehrere Mitglieder wohnen, ein Hilfskassierer gewählt. Unter Punkt „Verschiedenes“ wurde beschlossen, den Kassierer mit 3 pzt. von der Gesamteinnahme zu entschädigen. Ferner beschloß man, den Unternehmer Raumann aus Langenleuba-Oberhain in den Beniger Wohnbezirk einzuführen, weshalb soll ihm in nächster Zeit ein Tarif ausgestellt werden. Dieser Unternehmer war Mitunterzeichner eines Arbeitnehmer-Auslasses im Jahre 1905, wonach 34 s Höchststundenlohn bei elfstündiger Arbeitszeit gezahlt werden sollte, während die Maurer 33 s bei zehn Stunden forderten. Es folgte dann noch eine längere Aussprache über drei unorganisierte Maurer aus Niederschöna. Hierauf wurde die von 36 Mitgliedern besuchte Versammlung geschlossen. Zu wünschen wäre, daß alle Versammlungen

im neuen Jahre so gut besucht würden, wie die letzte im alten Jahre. Es wäre dem Feiniger Zweigverein und dem gesamten Verband zum Nutzen.

Walzrode. Der Zweigverein hielt am 2. Januar seine diesjährige Generalversammlung ab. Es wurde vom Kassierer die Abrechnung vorgelesen und deren Richtigkeit vom Vorsitzenden und von den Revisoren bestätigt. Seit April 1907 haben wir einen Lohnstarif, auf zwei Jahre gültig bis April 1909; wird der Tarif nicht bis zum 1. Januar 1909 gefündigt, bleibt er auf ein weiteres Jahr fortbestehen. Es wurde in der Mitgliederversammlung am 8. November beschlossen, den Tarif auf ein Jahr zu verlängern. Aber ohne Wissen und Willen der Meister bekamen wir vom Obermeister ein Schreiben folgenden Inhalts: „Der Lohnstarif der Bauhandwerker ist zum 1. April 1909 gefündigt. Der alte Lohn von 45 3 bleibt bestehen. Obermeister Schulz.“ Die übrigen Paragraphen konnten nicht in Betracht. Es wurde die Lohnkommission beauftragt, sich mit den Meistern in Verbindung zu setzen zwecks Regelung des Lohnstarifs. Im Fragekasten lag ein Schreiben über Lehrlingswesen. Ein unverheirateter Meister in der Umgebung von Walzrode hatte einen Lehrling, den er bei seinem (des Meisters) Bruder in Kost gab. Der Lehrling mußte nun vor seiner Maurerarbeit Kubistallmehrarbeit verrichten; wurde er damit nicht früh genug fertig, so wurden ihm Lebensmittel entzogen, so daß er hat darben müssen. In Walzrode haben wir einen Meister, dessen Lehrlinge müssen nach Feierabend und des Sonntags Wahren, Brunnenringe und alle möglichen Gementarbeiten verrichten, und des Sonntags, während der Sträßezeit, müssen die Lehrlinge zur Gemeindefeiere, weil sie zu anderer Zeit ausgenutzt werden müssen.

Gliesener.

Kiel. (Unternehmerrassismus.) Das Baugeschäft von Wustorf in Kiel sandte an die Kollegen Hahnfeld und Ehler, beide Vorstandsmitglieder unserer Sektion, folgendes Schreiben:

Nach den Bestimmungen des Arbeitgeberverbandes vom 22. Dezember 1908, welches Schreiben mir erst heute zu Gesicht kam, darf ich Sie nicht in Arbeit haben. Wenn Sie mich nicht erzürnen wollen, verjage ich Sie höflichst, die Arbeit nicht fortzusetzen. Sie dürfen auf keinen Fall im Bau bleiben, sonst müßte ich die Platten wieder abholen lassen.

Kiel, den 5. Januar 1909.

Hochachtung B. Wustorf.

Die Kollegen haben darauf den Bau verlassen. Zur Beurteilung der Handlungsweise diene noch, daß die Kollegen gegenwärtig mit den Unternehmern in Verhandlungen stehen. Bei diesen Verhandlungen wurden einige Unternehmer sehr beleidigend gegen den Bauvorstehenden, Kollegen Hugo Kober. Und bei einem solchen Verhalten wollen die Herren mit uns „soziale Friedensdokumente“ schaffen!

Isolierer und Steinholzleger.

Bekanntmachung der Geschäftsleitung.

Bekanntlich hatten die Isolierer in Genuß im vorigen Monat den Beschluß gefaßt, ihren Unternehmern einen neuen Lohnstarif einzurufen, in dem vor allen Dingen die zehnstündige Arbeitszeit und eine tägliche Lohnzulage von M. 2 gefordert wurde. Die Unternehmer haben nunmehr diesen Tarif auf zwei Jahre anerkannt, nur der Inhaber der Firma Biegner & Fritzsche weigert sich nicht nur, diesen Tarif anzuerkennen, sondern er lehnt auch jede Verhandlung mit der Organisation ab.

Die Kollegen haben nun am 4. Januar die Arbeit bei dieser Firma niedergelegt, der Zugang nach derselben ist strengstens ferngehalten. In der nächsten Nummer werden wir die Bauten, an denen die Firma arbeitet, bekannt geben. Wir erlauben heute schon alle Bauarbeiter, dies zu beachten.

Die Geschäftsleitung, S. Lang.

Halle a. d. S. Am 27. Dezember hielten die Isolierer ihre Versammlung ab. Aufgenommen wurde Kollege Diehner. Darauf wurden einige Anträge erledigt und dann die Frage des Anschlusses an das Gewerkschaftsstatut abgemittelt, die jedoch erst später endgültig entschieden werden soll. Hierauf berichtete Kollege Wagner über den Geschäftsgang im vergangenen Jahre. Versammlungen fanden acht, Besprechungen drei statt. Aufgenommen wurde ein Kollege, ausgeschlossen sind drei. Bei der dann folgenden Vorstandswahl wurde Kollege Vermann Runge zum ersten Vorsitzenden, Fritz Georgius zum Kassierer gewählt. Die nächsten Versammlung findet Sonntag, den 24. Januar, statt.

Die Agitation unter den Italienern.

Mit dieser Frage befaßte sich am 21. Dezember eine Konferenz in Basel. Die Konferenz war vom Bau Mannheim einberufen worden. Es nahmen daran die Vorstände der Zentralverbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter Deutschlands und der Schweiz, sowie Vertreter der Gauen Mannheim, Straßburg und Stuttgart teil. Aus den angeführten Gauen hatten außerdem neun Zweigvereine Vertreter entsandt, so daß die Zahl der Konferenzteilnehmer 26 betrug. Wie Kollege Sorter bei Eröffnung der Konferenz mitteilte, war sie notwendig im Hinblick auf die Anstellung eines italienischen Sekretärs für Süddeutschland. Die Tagesordnung der Konferenz lautete: 1. Austausch der bisher gemachten Erfahrungen, 2. Flugblattverbreitung an der Grenze und 3. Agitation in den Zweigvereinen im Jahre 1909.

Die Konferenz vertrat einmütig die Ansicht, daß die Agitation unter den Italienern in Zukunft weit kräftiger als bisher betrieben werden müsse. Die Meinung, daß die zu uns kommenden Italiener aus Unwissenheit der Organisation fernbleiben, sei irrig; diese wüßten ganz gut, daß in Deutschland Arbeiterverbände existieren und daß sie die Pflicht haben, sich mit ihren Klassenossen in diesen Verbänden zu vereinigen. Es sei deshalb verkehrt, wenn man diese Kollegen mit Bitten und Betteln zu gewinnen

suche und bei allen Anlässen zu sehr Rücksicht walten lasse. Nicht nur gegen die Streikbrecher solle mit aller Energie vorgegangen, sondern auch den sonstigen Unorganisierten müßte ganz entschieden gesagt werden, daß wir es endlich satt haben, unsere oft unter harten Kämpfen erzwungenen Lohn- und Arbeitsverhältnisse von ihnen verächtlichsten zu lassen. Bei allen Gelegenheiten, und besonders bei Aufnahme dieser Kollegen, müßte streng nach dem Statut vorgefahren und immer der Grundtatbestand gehalten werden: willst du Rechte erlangen, dann hast du auch Pflichten zu erfüllen. Dem Einwande, daß das Temperament der Italiener berücksichtigt werden müsse, wurde mit dem Hinweis begegnet, daß leider bei der übergroßen Mehrzahl dieser Kollegen das Temperament bereits bei der Beitragszahlung zu Ende ist. Im Kampfe mit dem heutigen Unternehmertum wird aber das Temperament ohne Klasse als feste Rückenbedeckung sehr bald auf der Straße bleiben. Die Beitragsleistung ist die Grundlage einer guten Organisation, und solange nicht unser italienischer Bruderverband die Beitragsleistung nach unseren Grundgrößen aufgebaut hat, wird er nie das sein, was er sein soll.

Mit der Flugblattverbreitung an der deutschen Grenze im vergangenen Frühjahr sind, den aufgewendeten Opfern entsprechend, keine guten Erfolge erzielt worden. Unsere schweizerischen Kollegen wollen allerdings bessere Resultate erzielt haben. Die deutschen Verbände wollen im nächsten Frühjahr von einer Flugblattverbreitung an der Grenze absehen, jedoch wurde die neu geschaffene Zentrale für italienische Agitation in Mannheim beauftragt, Flugblätter herauszugeben, die dann in den Zweigvereinen an die zugereisten Italiener verteilt werden sollen.

Zum dritten Punkt legte der italienische Sekretär, Kollege Bossi, Lesefrage vor, nach denen in Zukunft gearbeitet werden soll. Hierbei wurde jedoch kein Beschluß herbeigeführt, sondern sie wurden lediglich als Meinungsäußerung aufgefaßt. Wie agitiert wird, das ist eine Frage der Taktik, skabonieren läßt sich da nichts. Notwendig ist, daß vor allem die deutschen Kollegen mehr Bautenagitation betreiben; denn dadurch wird immer der größte Erfolg zu erzielen sein. Nicht viel mit den Unterstützungsvereinigungen operieren, regelmäßige Versammlungen abhalten und darauf sehen, daß in ihnen nicht viel Zeit mit der Religionsbekämpfung vergeudet wird. Für uns gilt es, sich zu wirtschaftlichen Zwecken zu einigen. Da das Konferenzprotokoll im Druck erscheint, brauchen wir an dieser Stelle eine weiteren Ausführungen zu machen. Die Konferenz hat ohne Zweifel noch mancher Richtung hin anregend gewirkt, und Kollege Fischer konnte mit Recht am Schluß der Verhandlungen erklären: wenn wir auf dem Wege, den die Konferenz vorgezeichnet hat, weiterarbeiten, dann wird unsere Arbeit für die Organisation gute Früchte tragen.

Ordnungspolitische Jugendschriften.

Von M. J. J. St. Jakob schreibt uns ein, daß die dortige Schulbibliothek ein Buch enthält und ausleiht, in dem ein Otto E. Hecker über Wien schreibt. Das Buch gehört zu der „Sammlung belehrender Unterrichtsschriften für die deutsche Jugend“, die von Dr. A. Lorenz und Lic. Hans Volkmmer herausgegeben ist und führt den Titel „Im Alten Wien“. Auf Seite 12 des Buches befindet sich folgende Stelle:

„Der Chinese ist ein ganz unglaublich fleißiger Mensch, wenn es sich um seinen Vorteil handelt; er kann jedoch — das habe ich in Siam gesehen —, wo er für Tagelohn arbeitet, in bezug auf Faulheit sich würdig dem besten Maurergesellen zur Seite stellen.“

Gegen den Verfasser des Buches ist weiter nichts zu sagen, denn ein Hundstößel gibt mehr als er hat, und ein Schmierlappen kann kein anfängliches Buch schreiben. Aber daß ein Buch dieser Art in eine Schulbibliothek aufgenommen werden konnte, das fordert zu schärferer Veranmerkung heraus. Wenn man sich auch schon daran gewöhnt hat, unsere Schulen als Drehscheiben für freigelegte Simpel anzusehen, so kann man aber nicht dazu schweigen, daß in ihnen eine große Gruppe ehrlicher Arbeiter kostenlos gemein beschimpft wird. Die Leute, die solche Anwürfe geschrieben hätten, sollten doch daran denken, daß all ihre Tätigkeit unmöglich wäre, wenn nicht zuvor Arbeiterfleiß die Grundbedingung aller gesellschaftlichen Lebens wäre. Daß sie es nicht taten, ist ein Ausfluß der Verachtung der Arbeit und der Arbeiter, die bei jenen Leuten zum guten Ton gehört. Hätte man vielleicht auch ein Buch aufgenommen, in dem z. B. behauptet würde, die chinesischen Mandarinen kämen an Vornehmheit dem deutschen Durchschnittsbeamten gleich? Ein solches Buch hätte man sicher zurückgewiesen, und mit Recht, denn die Schule soll lehren und nicht schimpfen. Den Arbeitern gegenüber aber erlaubt man sich die ärgsten Beschimpfungen, weil es eben Arbeiter sind.

Der österreichische Maurerverband

hält am 15. März seinen neunten Verbandstag in Budapest ab. Außer den geschäftlichen Angelegenheiten und den Berichten der zentralen Verbandsinstitutionen und Verbandssetzungen stehen auf der Tagesordnung: Lohnbewegung und Tarifvertrag, Organisation, Wahlen und Schaffung eines Dienstvertrages (für die Verbandsbeamten) und sonstige Anträge.

Der Verband der Maurer und Sandlanger in der Schweiz

macht bekannt, daß in der Erscheinungsweise seines deutschen Organs eine Aenderung eintritt, indem es vom 1. Februar an nicht mehr wöchentlich, sondern vierzehntägig erscheint. Die Ursache dieser Aenderung ist ziemlich unerwarteter Natur und hängt mit dem tropallem noch nicht idealen Verhältnis zwischen deutschen und italienischen Verbandsmitgliedern zusammen. Für die Italiener gab es bisher kein besonderes Verbandsblatt; der Verband lieferte seinen italienischen Mitgliedern den „L'Avvenire del Lavoratore“, ein wöchentlich erscheinendes Parteiblatt der italienischen Sozialisten in der Schweiz. Die Redaktion dieses Blattes fand dem Verband sehr mißtaunlich gegenüber, sie betrachtete einen fast nationalstiflich gefärbten Stand-

punkt und witterte überall Gefahr für die italienischen Verbandsmitglieder. Statt die Agitation des Verbandes rechtzulegen zu unterstützen, mäßelte sie an den Maßnahmen des Verbandsvorstandes herum, fängte den Verbandesbestimmungen abfällige Glossen an und trieb dergleichen Unfug mehr. Da der Verband diese Querebenen nicht auf noch mit seinem Gelde begablen wollte, so rekonstruierte er dagegen und schließlich, nachdem der Verband verschiedene Male vergeblich eine Besserung erstrebt hatte, kam es zum Bruch zwischen Verband und Blatt. Nun will der Verband ein eigenes italienisches Organ herausgeben. Am aber die junge Organisation nicht allzu sehr zu belasten, sollen beide Organe alle vierzehn Tage erscheinen. Man muß diese Maßnahme für die glückseligste Lösung halten: Soffentlich trägt sie zur weiteren Stärkung des schweizerischen Verbandes bei, und hilft besonders die zahlreichen italienischen Kollegen für den Verband gewinnen.

Der Zentralverband der Bauarbeiter der Niederlande

betreibt gegenwärtig eine rege Agitation, die anscheinend gute Früchte trägt. Die vorletzte Nummer des Verbandesorgans berichtete, daß der Verband in den letzten 14 Tagen 116 neue Mitglieder gewonnen hat, was bei holländischen Verhältnissen gar kein kleiner Erfolg ist. Die letzte Nummer des Verbandesorgans meldet wieder den Beitritt von 142 neuen Mitgliedern. Die Mitgliederzahl des Verbandes beträgt jetzt 1425, das ist mehr als der alte Verband jemals gehabt hat. Das Blatt des alten (syndikalistischen) Verbandes hat kürzlich einen Artikel veröffentlicht, der für ein Zusammengehen beider Verbände in wirtschaftlichen Fragen plädiert. Es ist möglich, daß die dem Artikel folgende Diskussion eine Annäherung beider Verbände mit sich bringt, was im Interesse der niederländischen Maurer nur zu begrüßen wäre. Der alte Verband macht keine Fortschritte, doch halten seine Mitglieder noch ziemlich fanatisch an den syndikalistischen Theorien fest, durch die sie aber immer mehr aus der allgemeinen Arbeiterbewegung hinausgedrängt werden.

Zentralkrankenkasse.

(„Grundstein zur Einheit“.)

In der Woche vom 3. bis 9. Januar 1909 sind folgende Beträge eingegangen: Bay der dritten Veranlassung in Reutling M. 4.490, Raaburg M. 1.192,75, Ernter 190, Steinberg 150, Wiesbaden M. 150, Nimmethem 130, Wolzow 109,65, Gr. Schönebeck 100, Wittmanwalde 100, Wilsnack 88,75, Burg bei Magdeburg 50, Summa M. 1751,15.

Zuschüsse erboten: Berlin M. 5000, Stettin 1600, Posen 1000, Nibors 800, Bernau 400, Prenzl 300, Panow 300, Neubrandenburg 250, Stralsburg i. Ost 200, Wiesbaden 200, Karlsruhe i. B. 150, Neftala 150, Cassel 100, Gr. Westen 100, Kaufen a. N. 100, Niesleben 100, Rißerbe 100, Reinfel 100, Teterow 100, Werben a. N. 100, Zabisow 100, Schweidewitz 60, Ulrich 50, Oppan 50. Summa M. 11.410.

Mittda, den 9. Januar 1909.

F. Klischen, zweiter Hauptkassierer, Wilhelmstr. 57.

Vom Bau.

Unfälle, Arbeiterschutz, Submissionen etc.

Niedersachsen. Am 8. Januar fiel beim Abrufen auf dem Neubau des Gestellers der Brauerei Gabel (ausgeführt vom Maurermeister Weber) ein Gerüstbaum dem Kollegen Diehl auf den Kopf, der schwere Verletzungen davontrug. Auf dem Bau wird nicht mit der nötigen Sorgfalt gearbeitet; es sind dort schon mehr Unfälle passiert; u. a. ist dort eine ganze Mauer eingestürzt, wobei aber, weil es nachts passierte, keiner verletzt wurde.

Der Vollzug der Baufontrolle in Bayern hat in der letzten Zeit soviel Klagen Veranlassung gegeben, daß die Regierung durch eine besondere Rundgebung eingegriffen hat. Das Ministerium des Innern hat an die Behörden geschrieben:

„Bereits mit Ministerialentscheidung vom 27. November 1895, der Vollzug der Baufontrolle betreffend, wurde darauf hingewiesen, daß sich die Baufontrolle nicht darauf zu beschränken habe, die plan- und bauordnungsgemäße Ausführung der genehmigten Bauten zu überwachen, vielmehr weiterhin darauf zu sehen habe, ob seitens der Bauleitung alle Maßnahmen getroffen sind und beobachtet werden, welche mit Rücksicht auf Leben und Gesundheit der Arbeiter geboten erscheinen. Es sind nun neuerdings wiederholt Klagen darüber laut geworden, daß seitens der mit Ausübung der Baufontrolle betrauten Organe, insbesondere der Distrikts-techniker, in dieser Beziehung nicht immer mit genügender Sorgfalt vorgegangen werde. Die sämtlichen mit dem Vollzuge der Baupolizei betrauten Organe und Behörden werden daher aufs neue angewiesen, der Durchführung der oberpolizeilichen Vorschriften zum Schutze der bei Hoch- und Tiefbauten beschäftigten Personen vom 24. Juli 1904 und vom 4. September 1905 ihr besonderes Augenmerk zuzuwenden und auf ihre gewissenhafte Beachtung mit allem Nachdruck hinzuwirken.“

Soffentlich wird diese Entscheidung des Ministeriums von den Baupolizeibehörden mehr beachtet als die bisher in diesem Betreff ergangenen Ministerialentscheidungen.

Das neue Submissionverfahren in Darmen, das verfuhrweise auf ein halbes Jahr eingeführt wurde, und das im wesentlichen darin besteht, daß die Einheitspreise durch Vertrauensleute der Kommunen festzulegt wurden und dem diesen Preisen am nächsten kommenden Bieter der Zuschlag erteilt wurde, wird nicht aufrecht erhalten. Nach den Darlegungen des geordneten Stadtbaurats Wingenbach in einer Stadterordnetenversammlung hat das neue Verfahren die Folge gehabt, daß für alle Arbeiten die Einheitspreise erheblich gesenkt worden sind, und daß vielfach als leistungsfähig

bekannte Firmen nach den Grundrissen des neuen Betriebs nicht berücksichtigt werden konnten, weil solche Firmen erheblich geringere Preise forderten, als von den Vertrauensmännern der Innung falluliert worden waren. Weiterhin sei eine so auffallende Uebereinstimmung in der Berechnung der Preise eingetreten, daß angenommen werden müsse, daß die Anschläge der Vertrauensmänner der Innungen den Anbietern vorher bekannt gewesen seien. Von einzelnen Innungen seien sogar sämtliche abgegebenen Offerten gleichlautend gewesen. Bei den Fundamentierungsarbeiten für die Müllverbrennungsanlage habe sich ergeben, daß die Preise der Vertrauensmänner der Innung erheblich herabgesetzt werden konnten, ohne daß der Verdienst zu niedrig bemessen gewesen wäre. In der Baukommission sei man sich deshalb einig darüber gewesen, daß das neue Verfahren nicht mehr länger aufrecht erhalten werden könne. Angerufen sei, daß die Unterlagen der zur Zeit üblichen allgemeinen und besonderen Bedingungen nicht überflüssig genug seien. Die Baukommission schlage daher vor, diese Bedingungen einer erneuten Durchberatung zu unterziehen und dazu Spezialfachverständige aus Handwerkerkreisen hinzuzuziehen und solche Beratungen künftig auch bei erheblichen Abweichungen von den jetzt geltenden Bedingungen abzuhalten, die veranschaulicht eingetragene Mitwirkung von Vertretern der Innungen bei der Kalkulation des Preises und die Verteilung des Zuschlages an den Unternehmer in Zukunft nicht mehr stattfinden zu lassen, dagegen die Baukommission und Stadtverordnetenversammlung zu beauftragen, mit besonderer Sorgfalt die Unternehmer von der Erteilung des Zuschlages auszuschließen, die das Handwerk durch sogenannte Schleuderpreise oder durch Unzuverlässigkeit bei Ausführung der Arbeiten schädigen. Eine Einzugsung von Handwertern zur Abnahme von Arbeiten, die aus Handwerkerkreisen vorgeschlagen worden war, empfehle die Baukommission nicht, ratam sei aber, bei größeren Arbeiten möglichst Mitglieder der Baukommission als Sachverständige hinzuzuziehen. Diesen Vorschlägen stimmte die Mehrheit des Stadtverordnetenkollegiums nach längerer Erörterung zu.

Gewerkschaftliches.

* Die Metallarbeiterausperrung auf den Strebelwerken in Mannheim ist vermindert worden, indem der Vorstand des Metallarbeiterverbandes die Aufhebung der Sperre verfügte. Die Arbeit ist dann zu den vereinbarten Bedingungen aufgenommen worden. Wie nicht anders zu erwarten war, hat sich wegen dieses Vorgehens des Vorstandes der Metallarbeiter ein großes Geschrei erhoben, die Führer sind wieder einmal Verächter, die Mitglieder rechtlose Leute. Das war, wie gesagt, zu erwarten, nachdem schon in den vorhergehenden Kämpfen des Kampfes anarcho-sozialistische Schreier die Röhre bewirten. Man wird sich damit abfinden müssen, und dem Verbandsvorstande der Metallarbeiter wird es nicht allzu schwer fallen, da er sich sagen kann, daß er getan hat, was das Wohl der Gesamtorganisation erheischt. Deswegen entbehrt auch das Geschrei über die Vernichtung der Demokratie in den Gewerkschaften jeder Berechtigung. Es ist eine merkwürdige und recht beklagenswerte Begriffsverwirrung, wenn man einen Zustand für Demokratie hält, wo eine kleine Minorität, in diesem Falle 400 bis 500, die Entscheidung darüber treffen soll, ob die Gesamtorganisation einen Kampf aufnehmen hat oder nicht, zu dessen Durchführung die Kräfte der Gesamtorganisation nötig sind. Das wäre keine Demokratie, sondern Tyrannie einer Minorität. Darum handelte der Verbandsvorstand echt demokratisch, wenn er als Vertreter der Gesamtinteressen sein Wort einlegte, um einen Kampf zu verhindern, der nicht anders als mit einer Niederlage hätte enden können.

* Eine Zentralkommission der auf Westren beschäftigten Arbeiter ist Anfang Januar d. J. gegründet worden. Art und Zweck der Kommission gehen aus dem Regulatorium hervor, das eine Konferenz der beteiligten Verbände beschlossen hat. Die Verbände der Metall-, Holz- und Fabrikarbeiter, der Schmiebe, Kupfererschmiede, Schiffbauarbeiter, Feiler und Maschinenisten und Maler, bilden eine neungliedrige Kommission, zu der die Metallarbeiter zwei, die übrigen Verbände je einen Vertreter stellen. Die Kommission hat die Verhältnisse auf den Schiffswerften im Nord- und Ostseegebiet ständig zu beobachten, bei allen entstehenden Konflikten eingzugreifen und in allen drohenden Fällen die beteiligten Verbände zu benachrichtigen, eventuell zu einer Sitzung zusammenzurufen. Die Kommission kann auch im Einverständnis mit den Vorständen Verhandlungen führen und hat die Berichterstattung an die Presse zu befragen. Ohne vorherige Anordnung der Kommission darf kein Verband Angriffe oder Abwehrbewegungen auf den Werften genehmigen. In den einzelnen Werftorten sind Ortskommissionen zu bilden, die als Informationsquelle und Hilfsorgane der Zentralkommission gedacht sind. Gleichzeitig sind bestimmte Grundzüge für eine wirksame Agitation festgelegt, von denen man auch erwartet, daß sie die bisherigen Reibereien und Verwirrungen zwischen den einzelnen Organisationen beseitigen, wovon möglich ganz aus dem Welt schaffen werden. Die Vereinbarung wird sich als ein gutes Hilfsmittel für die Besserung der Lage der Werftarbeiter erweisen, daneben wird sie aber auch plötzlichen gewaltsamen Konflikten vorbeugen.

* Extrainterraktionen in Anbetracht der Krise genährt der Transportarbeiterverband. Auf Beschluß des Verbandsvorstandes und Ausschusses soll den ausgeperrten arbeitslosen Mitgliedern eine Zuschußunterstützung auf die Dauer von vier Wochen gewährt werden. Der Beschluß, welcher mit Rücksicht auf die gegenwärtig vorhandene große Arbeitslosigkeit gefaßt ist, gilt für die Zeit vom 8. Januar bis zum 3. April.

* Die Arbeitslosenunterstützung im Schneiderverband. Im Schneiderverband wird demnächst eine Urabstimmung über die Frage der Einführung der Arbeitslosen bzw. Erwerbslosenunterstützung vorgenommen. Es handelt sich dabei um folgenden Antrag, der auf dem letzten Verbandstag der Schneider angenommen wurde: „Das gesamte Material und die Vorlage des Vorstandes, die Ein-

führung der Arbeitslosenunterstützung betreffend, wird den Mitgliedern zur Beratung und Urabstimmung unterbreitet. Den Mitgliedern wird zur Pflicht gemacht, in der Zeit vom 1. Januar bis 1. April 1909 zu dieser Frage Stellung zu nehmen, damit die Urabstimmung am 1. April 1909 ihren Abschluß finden kann. Das Resultat derselben ist dem Vorstand mitzuteilen.“ Der nächste Verbandstag, der 1910 in Hamburg stattfindet, soll erst bestimmen, wann die Vorlage, wenn sie durch die Urabstimmung beschlossen wird, in Kraft treten soll.

* Die parteipolitische Neutralität der Gewerkschaften ist ein beliebtes Thema der christlichen Agitatoren. Jede noch so belanglose Tatsache wird von ihnen mit Eifer herangezogen, um den sozialdemokratischen Charakter unterer Gewerkschaften nachzuweisen. Wir haben uns nie dagegen gewehrt, selbst wenn man dabei der Wahrheit Gewalt antat, weil wir das tatsächliche Bildnis, wie es zwischen der Sozialdemokratie und den gewerkschaftlichen Zentralverbänden besteht, für natürlich und vorteilhaft halten.

Andererseits behalten sich die christlichen Gewerkschaften, wenn man ihnen sagt, daß doch zwischen ihnen und der Zentrumsparthei dasselbe Verhältnis bestehe. Das wollen sie nie anerkennen, und sie wehren sich mit einer ganz verächtlichen Energie dagegen. Um die Idee aber und uneheliche Mitstreiter ein für allemal abzutun, veröffentlichten wir folgenden Vorgang, dessen Wahrheit bisher noch von keiner Seite bestritten worden ist:

Der Vorsitzende des christlichen Eisenbahnhandwerkerverbandes (eine den christlichen Gewerkschaften nicht angeschlossene, sogenannte unabhängige christliche Gewerkschaft), Peter Wols, wollte gern ein Landtagsmandat als Vertreter der Eisenbahner haben. Herr Ximborn, ein Zentrumsführer, der um Rat gefragt wurde, betrat den Gesuchsteller an Herrn Stegerwald, den Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften. Stegerwald soll nun versprochen haben, daß der Vorsitzende des Verbandes deutscher Eisenbahnhandwerker und Arbeiter, Peter Wols in Xier, ein Landtagsmandat vom Zentrum bekomme, wenn der Eisenbahnhandwerkerverband (der annähernd 80 000 Mitglieder zählte) sich den christlichen Gewerkschaften anschließen würde. Als die Leitung des Verbandes dies zusagte, wurde Herr Wols das Landtagsmandat zugesichert. Später wurde Wols, der im Grunde ein entsetzlicher Anhänger der katholischen Fachabteilungsbewegung ist, wankelmütig, und das Mandat wurde sofort einem anderen zugeführt. Nun wachte sich Wols an Herrn Ximborn in Köln, und dieser hat Herrn Wols geantwortet: Zunächst müsse er für den Anschluß seines Verbandes an die christlichen Gewerkschaften sorgen. Wols stakelte wieder um und war wieder ein Freund der christlichen Gewerkschaften. Die Führer der letzteren aber trauten dem Wankelmütigen jetzt nicht mehr, und so bekam er das Mandat nicht. Inzwischen ist man sogar dazu übergegangen, einen Gegenverband zu gründen, durch den der Wols'sche Verband zum Anschluß an die Zentrums-Gewerkschaften gezwungen werden soll.

Durch diesen Vorfall ist bewiesen worden, daß zwischen der Zentrumsparthei und der obersten Leitung der christlichen Gewerkschaften eine enge Verbindung besteht, die soweit reicht, daß das Gewerkschaftssekretariat sogar über die Mandate der Zentrumsparthei entscheidet. Um allen falschen Auffassungen die Spitze abzubringen, erklären wir, daß wir gar nichts dagegen einzuwenden haben, wenn sich die Gewerkschaften auf diese Art politischen Einfluß verschaffen, wir verlangen nur, daß man dann aber auch so ehrlich ist, das nicht zu leugnen. Die bisherige Methode der christlichen Gewerkschaften, uns etwas vorzuerzählen, was sie selber tun, ist eine unwürdige Heuchelei. Aber das geht nach diesem Vorfall nicht mehr.

* Die Gewerkschaften Belgiens hielten während der Weihnachtsfeierstage in Brüssel ihren 10. Kongreß ab. Anwesend waren 243 Delegierte, die 148 Gruppen vertraten. In der belgischen Industrie waren 1907 insgesamt 578 789 Arbeiter und Arbeiterinnen beschäftigt. Davon gehörten 189 769 oder 24,2 pZt. den der belgischen Arbeiterparthei angeschlossenen Gewerkschaften an; außerdem sind vorhanden 10 057 Mitglieder in sogenannten neutralen Gewerkschaften, die der Parthei nicht angeschlossen sind, und in „christlichen“ Gewerkschaften 80 664 Mitglieder. Die Gesamteinahmen der sozialistischen Gewerkschaften betragen im Jahre 1907 Frs. 2 110 995,05, die Ausgaben Frs. 1 801 800,62. Von den Ausgaben entfielen u. a. für Streiks und Aussperrungen Frs. 427 000, für Arbeitslosenunterstützung Frs. 148 000, für Krankenunterstützung Frs. 138 000, für Fachpresse Frs. 93 000, für Agitation Frs. 83 000 und für Verwaltung Frs. 97 000.

Der Generalsekretär Vergamans wies in seinem Bericht an den Kongreß auf die erfreuliche Tatsache hin, daß die Gewerkschaften endlich daran gingen, ihre Beiträge zu erhöhen. Der Einfluß der französischen Gewerkschaftslastik sei in Belgien so ziemlich überwunden. Das zeigte sich auch beim ersten Punkt der Verhandlungen auf dem Kongreß, wo mit großer Mehrheit beschlossen wurde, ab 1. Januar 1910 eine zentrale obligatorische Widerstandslasse für alle Gewerkschaften einzuführen. Die ewige Bettelei im Lande, wie sie bei jedem Streit einsehe, höre dann auf!

Sodann wurde über die Verkürzung der Arbeitszeit verhandelt und einer Resolution zugestimmt, in der es heißt, daß für die Werftarbeiter nur der Achtstundentag eine volle Befriedigung ihrer Wünsche bringen kann. Bezüglich der Industriearbeiter erklärte sich der Kongreß für den Entwurf Verbands, der für diese eine Maximalarbeitszeit von zehn Stunden vorsieht. Ferner wird beschlossen, während die Kammer die betreffenden Gesetzesvorlagen diskutiert, sind große Manifestationen zu veranstalten. Die Arbeitsruhe am Sonnabend nachmittag wird vom Kongreß gefordert als eine notwendige Ergänzung der Sonntagsruhe. Kauf und Verkauf ist am Sonnabend zu gestatten, wodurch den Angestellten in den Detailgeschäften eine volle Sonntagruhe gesichert wäre. Der Kongreß beauftragt ein Komitee, die Propaganda zur Herbeiführung dieser Reform für die Angestellten und Arbeiter der Großindustrie und des Großhandels einzuleiten. Nachdem man sich mit der Frage der Gefängnisarbeit beschäftigt wurde, die Frage der Arbeitslosenunterstützung behandelt, die eine lebhafteste Diskussion hervorrief.

Xroclet (Lüttich) unterbreitete eine Reihe Thesen, worin folgende Forderungen aufgestellt sind:

Allgemeine, obligatorische Versicherung gegen unfreiwillige Arbeitslosigkeit durch den Staat mit Hilfe der anderen öffentlichen Einnahmen (Kommune, Provinz). Die Arbeiter müssen stets bestrebt sein, durch Verkürzung der Arbeitszeit usw. möglichst regeln in die Produktion einzugreifen. Die Kommunal- und Provinzialbehörden sind verpflichtet, die Arbeitslosenfonds der Arbeitervereine durch jährliche Zuschüsse zu unterstützen. Diese Unterstützung muß kollektiv, nicht individuell, d. h. sie muß den Vereinen in Kaufhale gewährt werden. Die Verwaltung der Fonds liegt ausschließlich in den Händen der betreffenden Berufsvereinigungen. Die Unternehmer haben einen Jahresbeitrag nach Maßgabe der von ihnen ausgezahlten Löhne beizusteuern. Die Center Delegierten treten für das bei ihnen herrschende System (Center System) ein, monach belanctlich jeder einzelne Arbeitslose, der sich selbst z. B. durch Beitritt zu einer Gewerkschaft gegen Arbeitslosigkeit versichert hat, von seinen der Gemeinde einen weiteren Zuschuß erhält. — Nachdem einige Veränderungen vorgenommen, gelangten die Thesen Xroclet zur Annahme. Von den Vorschlägen der Center werden einige als Amendements zu der Resolution Xroclet angenommen; so z. B.: Die Klassen zur Unterstützung der Arbeitslosen in den Gewerkschaften sind getrennt zu verwalten. Im allgemeinen haben die öffentlichen Behörden nur solche Gruppen zu subventionieren, welche Arbeitslosenklassen eingerichtet haben.

Die übrigen Verhandlungspunkte waren kleinerer Natur. Immerhin bedeutet der Kongreß einen bedeutenden Fortschritt auf dem Wege der belgischen Gewerkschaften.

Soziales.

* Die „unkündige Lohnklausel“ in die städtischen Lieferungsbedingungen der Gemeinde Berlin aufzunehmen, hat der Stadtverordnetenaußschuß zur Vorbereitung der Hoch- und Tiefbauangelegenheiten angesetzt. Der Magistrat soll aufgegeben werden, in die allgemeinen Vertragsbedingungen folgende Bestimmungen aufzunehmen:

Ausgeschlossen von der Übernahme städtischer Arbeiten und Lieferungen sind Unternehmer, die 1. die zwischen den Organisationen der betreffenden Berufe der Arbeitgeber und Arbeitnehmer vereinbarten Tarife über Lohnhöhe, Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen nicht einhalten, oder 2. da, wo solche Tarife in dem betreffenden Berufe nicht bestehen, nicht die im Gewerbe üblichen Löhne zahlen, oder die ortsübliche Arbeitszeit und Arbeitsbedingungen nicht einhalten, und 3. ganz oder teilweise ihnen übertragene Arbeiten in Etappenfallen anfertigen lassen.

* Gegen die Beschäftigung fremder Arbeiter hat sich neuerdings sehr entschieden die belgische Regierung gewandt. Das Ministerium des Innern hat die Bezirksämter angewiesen, daß slawonische Arbeiter bis zum 20. Februar 1909 nicht beschäftigt werden dürfen, weil die Arbeitslosigkeit unter den einheimischen Arbeitern zu groß sei. Außerdem hatte dieselbe Regierung die Ausweisung einer großen Zahl fremder Arbeiter verfügt. Auf Vorstellungen des Reichsruhrer Arbeitersekretärs Willi ist diese harte Maßnahme wieder zurückgenommen worden.

* Die Ursachen der Arbeitslosigkeit. Das dänische Parlament beschäftigte sich kürzlich mit einem Gesetzentwurf über außerordentliche Staats- und Gemeindefürsorge für die Arbeitslosen. M. Olsen, der Vorsitzende des Gesamtverbandes der Gewerkschaften, der den sozialdemokratischen Entwurf begründete, wies auch darauf hin, daß die Wirtschaftskrise mit ihrer furchtbaren Arbeitslosigkeit eine Folge der kapitalistischen Produktionsweise sei. Wie verriecht und ungerecht es unter dieser Gesellschaftsordnung bestellt ist, illustrierte er durch folgenden Zweigespräch zwischen einem Mann und einem armen Jungen: „Warum gehst Du barfuß, mein Junge?“ — „Ich habe keine Siefel.“ — „Was ist Dein Vater?“ — „Schuhmacher.“ — „Warum machst er Dir keine Siefel?“ — „Er ist arbeitslos.“ — „Warum ist er denn arbeitslos?“ — „Weil es zu viele Siefel gibt.“ Damit ist in der Tat die Situation knapp und treffend gekennzeichnet. — In der Diskussion erkannten selbst die Wortführer der bürgerlichen Parteien die Notwendigkeit außerordentlicher Maßnahmen an. Ein Ausschuß zur Prüfung des Gesetzentwurfes wurde eingesetzt.

* Arbeitslosenfürsorge in Erlangen. Der dortige Stadtmagistrat hat auf Grund eines Gutachtens des gemeindlichen Finanz- und sozialen Ausschusses beschlossen, in der Frage der Arbeitslosenfürsorge einen doppelten Weg einzuschlagen. Für die arbeitslosen ungelerten Arbeiter und Bauarbeiter werden Reichslandsarbeiten bereitgestellt, und es wurden hierfür außer den etatsmäßigen Mitteln noch 2500 bewilligt. Für die arbeitslosen gelernten Arbeiter, die sich mit Rücksicht auf ihren Beruf und ihre körperliche Beschaffenheit zu den üblichen Reichslandsarbeiten nicht eignen, wird veruchsweise für 1909 eine Arbeitslosenunterstützungsordnung aufgestellt. Dieser Arbeitslosenunterstützungsordnung liegt im wesentlichen das Center System zu Grunde, das aber nach zwei Richtungen erweitert und ergänzt wurde, zunächst dadurch, daß die Arbeitslosenunterstützungsstellen nicht auf die Berufsvereine beschränkt werden, und sodann dadurch, daß auch den Arbeitslosen, die keiner solchen Klasse angehören, der gemeindliche Zuschuß gewährt wird. Man muß ja auch in diesem Falle erst abwarten, was daraus wird, aber gleichwohl verdient es Anerkennung, daß die Stadt wenigstens den Willen zur Tat zeigt. Es ist kein Zufall, daß diese eine süddeutsche Stadt ist; man hat dort nicht allein einen größeren Reichtum, sondern auch ein höheres Maß an sozialer Gerechtigkeit weniger engstirnig als im Norden.

Soziale Rechtspredigung.

* Der Tarifvertrag in der Rechtspredigung. Das Gewerbegericht Dortmund hat in den letzten Monaten dreimal Gelegenheit gehabt, sich zur Frage nach der Rechtswirksamkeit der Tarifverträge zu äußern. Dabei hat es

